



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/XII/72 - 27. März 1957

Der Ehrgeiz Grossbritanniens

Der. Durch die Ankündigung der britischen Regierung, trotz japanischer Proteste, den beabsichtigten H-Bombenversuch auf den Weihnachtsinseln doch noch durchzuführen, hat die Diskussion um die Atombombenversuche einen neuen Höhepunkt erreicht. Grossbritannien lässt sich nicht davon abbringen, in absehbarer Zeit die dritte Atommacht zu werden. Die in Bermuda vereinbarte Lieferung von amerikanischen Fernlenk Waffen scheint seinen Ehrgeiz noch nicht zu befriedigen; es ist dabei, obwohl sich selbst im Lande genug warnende Stimmen erheben, unabhängig von den USA selbst H-Bomben zu produzieren. Für die britische Wissenschaft und Technik mag die damit bestätigte Gewissheit, im Wettlauf um die Herstellung der verheerendsten Zerstörungsmittel nicht im Nachteil zu sein, Triumph bedeuten, für die Welt aber eröffnet sie die düstere Aussicht auf die Fortsetzung des atomaren Wettrüstens. Bisher beschränkte es sich auf die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion; nun steht Grossbritannien gewissermassen als Junior-Partner an. Wann werden andere Länder folgen? Schon erhebt Frankreich den Anspruch, mit gleichem Recht wie die Briten behandelt zu werden, es drängt in Washington auf die Lieferung von Fernlenkkraketen mit atomaren Sprengkörpern; im Vertrag über das EURATOM hat es sich ausserdem ausdrücklich das Recht vorbehalten, nach Ablauf der fünfjährigen Anlaufzeit seine Atompolitik im Hinblick auf eine eigene Produktion für militärische Zwecke zu überprüfen.

Eisenhower und MacMillan verschlossen sich in Bermuda im Grunde nicht der Gefährlichkeit fortgesetzter A- und H-Bombenversuche, die für unbestimmte Zeit die Atmosphäre mit Radioaktivität verseuchen und kommenden Generationen zum Unheil gereichen. Es bleibt ein schwacher Trost, wenn beide Regierungen eine Begrenzung der bisherigen Versuche für wünschenswert halten und künftige Experimente der UNO anmelden wollen. Leider besagt die in Bermuda getroffene Vereinbarung nichts über die Möglichkeit eines Verzichtes, wenn die UNO in der Zukunft solche Versuche wegen ihrer tödlichen Auswirkungen für unstatthaft erklären sollte.

Noch haben es Moskau, Washington und London in der Hand, auf dem Weg zur kollektiven Selbstvernichtung Haltesignale zu setzen. Es ist gut, dass die Londoner kleine Abrüstungskonferenz nicht im Lichte der Öffentlichkeit tagt. Das erleichtert die Schaffung eines Klimas, in dem wirkliche und sachliche Arbeit geleistet werden kann. Die Männer, die hier über die Schicksalsfragen der Menschheit verhandeln, scheinen zu wissen, vor welchem Abgrund die Völker der Erde stehen. Die letzten Nachrichten, die über den bisherigen Verlauf dieser Konferenz bekannt wurden, stimmen zuversichtlicher, wenngleich es die Erfahrungen der Vergangenheit gebieten, die Hoffnungen nicht allzu hoch zu spannen.

* * *

Ein grosser Franzose ist nicht mehr

sp. Der grosse Franzose Edouard Herriot ist nicht mehr. Im Alter von 84 Jahren starb er am Dienstag in Lyon, der Stadt, der er seit 1905 als Bürgermeister das Gepräge des französischen Liberalismus gegeben hat. Herriot war eine der markantesten Persönlichkeiten der französischen Politik. Fast ein halbes Jahrhundert hat er die französische Politik massgebend beeinflusst. Mehrere Male war er Ministerpräsident und Minister; von 1936 bis 1940 Präsident der damaligen Kammer. (Jetzt Nationalversammlung). 1942, während der deutschen Besetzung, wurde Herriot verhaftet und nach kurzem Aufenthalt in französischen Gefängnissen in ein deutsches Konzentrationslager gebracht, wo ihn 1945 russische Soldaten befreiten. Die Nationalversammlung wählte ihn wieder zu ihrem Präsidenten und die radikalsozialistische Partei zu ihrem Vorsitzenden. Erst 1953 zog sich der inzwischen leidend gewordene Politiker aus dem öffentlichen Leben zurück und begnügte sich damit aus dem Hintergrund sowohl in der radikalsozialistischen Partei wie auch in der Staatspolitik seinen grossen Einfluss geltend zu machen. Die Radikalsozialisten haben es ihm zu verdanken, dass diese grosse traditionsreiche bürgerliche Partei Frankreichs trotz der starken inneren Auseinandersetzungen ihre Aktionsfähigkeit erhalten konnte.

In der Zeit nach dem ersten Weltkrieg erblickte Herriot in einem guten Verhältnis zwischen Frankreich und der Sowjetunion das Fundament für die Erhaltung des Friedens in Europa. 1924 nahm Frankreich unter seiner Führung wieder die diplomatischen Beziehungen mit Moskau auf. Seinen Impulsen ist es zu verdanken, dass der Begriff der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in Konfliktsfällen zum Bestandteil der europäischen Politik wurde. Auch die Formel "Sicherheit und Abrüstung" stammt von ihm. Herriot war ein Freund der deutsch-französischen Annäherung. Als 1933 jedoch Hitler an die Macht kam, erblickte er sofort die nun für Europa drohende Kriegsgefahr und nahm den Kampf gegen diejenigen französischen Politiker auf, die allzu bereitwillig waren, Hitler internationale Anerkennung zu verschaffen. Von Herriot stammt das Wort: "Hitler ist nicht das deutsche Volk".

Nach dem zweiten Weltkrieg bekämpfte Herriot leidenschaftlich die Aussenpolitik der meisten französischen Nachkriegsregierungen. Er war ein Gegner der EVG, weil er in diesem militärischen Instrument die Vertiefung der Spaltung Deutschlands und damit Europas erblickte. Auch die Konzeption der kleineuropäischen Wirtschaftsverträge wurde von ihm stark kritisiert. Sein ganzes Streben blieb auf den Versuch ausgerichtet, das russisch-französische Verhältnis normal zu erhalten.

René Coty, der Präsident der französischen Republik, sandte der Witwe Herriots wenige Stunden nach dessen Tode ein Telegramm mit folgendem Wortlaut: "Ihre Trauer und die Trauer der grossen Stadt Lyon, der Edouard Herriot sein Leben und seine letzten Kräfte geweiht hatte, ist gleichzeitig die Trauer der französischen Republik, die heute einen der grössten Bürger ihrer Geschichte verliert."

Was sich Italien erhofft

F.E. Rom, Ende März

Der 25. März, der Tag, an dem in Rom die Verträge über den Gemeinsamen Markt und die Europäische Atomgemeinschaft unterzeichnet wurden, galt in ganz Italien als schulfrei. Man erkennt sehr leicht die symptomatische Bedeutung dieser ministeriellen Verfügung: dadurch sollte unterstrichen werden, welche weitgehenden Hoffnungen das offizielle Italien an die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes knüpft und wie sehr man das Geschehen des 25. März als den Beginn einer neuen Ära für Italien ansieht. Wenn man sich daran erinnert, dass Alcide De Gasperi einer der eifrigsten Vorkämpfer für die Idee eines geeinten Europa gewesen ist, wird man über diese Haltung der Democrazia Cristiana von heute nicht verwundert sein; vielleicht noch bemerkenswerter aber ist die Tatsache, dass an der Spitze des Unterrichtsministeriums der Sozialdemokrat Rossi steht, der durch den genannten Erlass seine Solidarität mit der positiven Haltung seiner christlich-demokratischen Ministerkollegen noch unterstrichen hat.

Aber nicht nur die italienischen Sozialdemokraten stehen den Gedanken des Europäischen Marktes bejahend gegenüber, sondern auch die Wenni-Sozialisten, wobei freilich beide sozialistische Parteien die Forderung erheben, es müsse beizeiten vorgeschritten werden, um die Bildung grosser internationaler Kartelle und damit die Abwürgung des freien Wettbewerbs zu verhindern. In schroffer Opposition zu dem ganzen Vertragswerk über den Gemeinsamen Markt stehen somit lediglich die Kommunisten.

Was erhofft sich nun im besonderen Italien von der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes? Und wie ist es zu erklären, dass die Interessenverbände der italienischen Grossindustrie, die bisher immer auf streng protektionistischen Positionen verharrten, nun mit einem Male den Gemeinsamen Markt befürworten, statt ihn unter Aufbietung ihrer sehr bedeutenden Machtmittel zu bekämpfen?

Das Hauptinteresse Italiens liegt zweifelschne nicht so sehr auf denjenigen Punkten des Vertragswerkes, die die Aufhebung der Zoll-

Schranken für Industrieprojekte vorsehen, als vielmehr auf der Herstellung eines freien Marktes für Kapitalien und für Arbeitskräfte, wie sie durch die soeben unterzeichneten Verträge ebenfalls vorgesehen ist. Die Freizügigkeit der Kapitalbewegung zwischen den Teilnehmerstaaten soll die Möglichkeit schaffen, die "unterentwickelten" Landesteile Italiens, vor allem also den Süden, mit Hilfe europäischen - nicht zuletzt deutschen - Kapitals grosszügig zu industrialisieren, eine Aufgabe, die Italien bisher aus eigenen Mitteln nicht oder nur höchst unzulänglich lösen konnte. Man denkt hierbei natürlich in erster Linie an den neugeschaffenen Spezialfonds der Teilnehmerländer, der dazu bestimmt ist, solche "unterentwickelten" Gebiete wirtschaftlich zu fördern, man hofft aber auch auf einen starken Zustrom des privaten Kapitals, sobald einmal die Schranken gefallen sein werden, die sich dem Kapitaltransfer im grossen Stil heute noch entgegenstellen.

Der wirtschaftliche Aufbauplan des verstorbenen italienischen Ministers Vanoni, der von allem Anfang die Teilnahme ausländischen Kapitals an dem Umbau der italienischen Wirtschaft ins Auge gefasst hatte, wird, wie man in Rom hofft, durch den Gemeinsamen Markt seiner Verwirklichung um ein grosses Stück nähergebracht werden, was das Ende der chronischen strukturellen Arbeitslosigkeit, damit aber auch eine einschneidende politische Konsolidierung des Landes mit sich bringen würde. Die Hoffnung, mit der noch immer viel zu grossen Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten radikal aufzuräumen, wird natürlich bei weitem greifbarer, wenn Italien die Möglichkeit erhält, seine überschüssigen Arbeitskräfte in die anderen Teilnehmerstaaten des Gemeinsamen Marktes zu "exportieren". Sehr wichtig sind in diesem Zusammenhang jene Bestimmungen des Vertragswerkes, die eine bedeutende Finanzhilfe (50%) der Gemeinschaft zu den Kosten der Umschulung und Spezialausbildung solcher Arbeitskräfte vorsehen; denn es handelt sich bei dem Arbeiterüberschuss Italiens in allererster Linie um unqualifizierte Kräfte, die erst einer kostspieligen Fachausbildung unterzogen werden müssen, ehe sie in den gesamteuropäischen Arbeitsmarkt mit Aussicht auf Erfolg eingegliedert werden können.

Um dieser grossen zu erwartenden Vorteile willen haben sich die italienischen Unternehmerverbände bereitgefunden, sich mit einem schrittweisen Abbau der Einfuhrzölle abzufinden, der ihre bisherigen Monopolpositionen vielfach schwer bedroht. Dies erklärt sich daraus, dass gerade die grössten und wichtigsten italienischen Industriekonzerne heute ihre Anlagen und Organisation dermassen modernisiert haben, dass sie die Konkurrenz des restlichen Europa nicht mehr so zu fürchten brauchen wie noch vor etlichen Jahren und Jahrzehnten; und die Aussicht auf eine Stärkung des inländischen Kapitalmarktes und der inländischen Verbraucherschichten ist danach angetan, sie für den Verzicht auf gewisse protektionistische Vorteile reichlich zu entschädigen.

Ein Dolchstoß gegen den Freiheitskampf

E.Z. Berlin

Das Schicksal der politischen Gefangenen in der Sowjetzone ist zum Inbegriff einer beispiellosen menschlichen Tragik geworden. Sollte man nicht annehmen, dass diejenigen politischen Häftlinge, die nach einer Amnestierung und vorzeitigen Haftentlassung nach dem Westen flüchten können, hier auch nur jede mögliche Hilfe erhalten, um sie die Bitternis der Vergangenheit vergessen zu lassen?

Es liegt im Sinne des Kampfes um die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit, an diesen Opfern des sowjetzonalen Justizterrors das erlittene Unrecht wieder gut zu machen und ihnen die Möglichkeit zur Schaffung einer neuen Existenz zu geben. Offensichtlich ist die Erkenntnis dieser Pflicht noch nicht bis in die letzte Amtsstube der bundesrepublikanischen Justizorgane vorgeedrungen, sonst wäre eine Entscheidung des Oberstaatsanwaltes von Hildesheim nicht möglich gewesen; sie stellt ein beispielloses Meisterstück politischen Unverständnisses dar.

Zur Aufbau einer neuen Existenz gehört für den ehemaligen politischen Häftling auch die Beseitigung jener Schmutzflecken, mit denen die sowjetzonalen Justizbehörden seine Weste für immer verunzieren wollten. Der Antrag auf Löschung seiner politischen Strafe im Strafregister ist daher eine Selbstverständlichkeit. Der Oberstaatsanwalt von Hildesheim ist jedoch anderer Ansicht. Hier die beschämenden Fakten:

Ein ehemaliger politischer Häftling stellte bei der für seinen neuen Wohnsitz zuständigen Staatsanwaltschaft Hildesheim den Antrag auf Löschung seiner Strafe im Strafregister. Er war am 15. August 1951 vom kommunistischen Staatssicherheitsdienst verhaftet worden, weil er als Offizier der Kasernierten Volkspolizei in seiner Einheit in Potsdam zusammen mit anderen KVP-Angehörigen "politische Zersetzungsarbeit" geleistet hatte. Vom Bezirksgericht Potsdam, dessen Strafsenat wegen seiner brutalen Urteile über Gegner des Ulbricht-Regimes berüchtigt ist, war er zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er in den Zuchthäusern Brandenburg und Cottbus verbüßte, bis er nach 4 1/2 jähriger Strafvollstreckung im Dezember 1955 amnestiert und entlassen wurde.

Die Flucht über Westberlin nach dem Westen war der erste Schritt dieses entlassenen politischen Häftlings. Bei der Westberliner Notaufnahme ging alles in Ordnung: Nach Überprüfung seines Falles wurde

P/XII/72

27. März 1957

er im Schnellverfahren aufgenommen und erhielt auch sofort die Häftlingshilfe. Erst der Oberstaatsanwaltschaft Hildesheim blieb es vorbehalten, diesem Mann einen Krüppel zwischen die Beine zu werfen. Nach einigem Hin und Her erhielt er auf seinen Antrag auf Löschung der Strafe im Strafregister folgenden schriftlichen Bescheid, der es wert ist, als Dokument eines geradezu skandalösen politischen Unverständnisses in die Zeitgeschichte einzugehen:

Der Oberstaatsanwalt
14 AR 111/56

Hildesheim, den 6. Febr. 1957

Herrn.....

Auf die Eingabe vom 8.8.1956
Auf Grund Ihrer Eingabe habe ich den Sachverhalt geprüft. Eine Aufhebung des Urteils könnten Sie nur im Rahmen einer Wiederaufnahme des Verfahrens von dem Landgericht Potsdam erreichen, falls die Voraussetzungen des § 359 StPO vorliegen. Für ein derartiges Verfahren besteht jedoch hier keine Zuständigkeit, vielmehr müsste dieser Antrag bei dem Landgericht in Potsdam eingebracht werden. Hier könnte evtl. nur dann etwas unternommen werden, wenn hierher ein Ersuchen gerichtet würde, die Reststrafe der gegen Sie erkannten Strafe zu vollstrecken. Es müsste dann hier nach dem Gesetz für die Innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe vom 2. Mai 1953 geprüft werden, ob der Amtshilfe entsprochen werden könne. Die Voraussetzungen hierzu sind im § 2 des obengenannten Gesetzes verzeichnet. Nach § 15 hätten Sie das Recht, zu beantragen, die Unzulässigkeit der Vollstreckung festzustellen, wenn diese nach § 2 ganz oder teilweise unzulässig wäre...

Ich bedaure daher, mich nicht in der Lage zu sehen, eine Wiederaufnahme des Verfahrens in Potsdam von hieraus zu betreiben.

In Auftrage:
gez. Rabe

Viele nach dem Westen ^{ge}flüchteten politischen Häftlinge sind nicht in der Lage, das für die Löschung ihrer Strafe notwendige Beweismaterial vorzulegen, aus dem hervorgeht, dass ihre Verurteilung im Widerspruch zu den demokratischen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit steht. Mit Hilfe von Zeugen, die ihnen den politischen Charakter ihrer Verurteilung bestätigen, kommen sie doch zum Ziel. Der Oberstaatsanwalt von Hildesheim war nicht einmal auf solche Zeugen angewiesen, von denen der Antragsteller fünf namhaft gemacht hatte. Unter den Unterlagen des geflüchteten politischen Häftlings, die sich bei der zuständigen Heimkehrerdienststelle befanden, war nämlich auch eine Fotokopie der Anklageschrift, die der Antragsteller der Oberstaatsanwalt mit vorgelegt hatte.

Die Entscheidung des Hildesheimer Oberstaatsanwalts stellt eine

beispiellose Bräskierung jener Hunderte von politischen Gefangenen dar, die sich noch heute hinter den sowjetzonalen Kerkermauern befinden oder die ihre "Strafe" verbüssen bzw. nach einer Amnestie die Freiheit wieder erlangt haben. Der Entscheid von Hildesheim ist ein Dolchstoß gegen die Front des Widerstandskampfes, der von 16 Millionen Deutschen in der Zone gegen das Ulbricht-Regime geführt wird.

* * *

"Keine Sache der Fracks und Zylinder"

B.K. Neustadt/Weinstraße

Dem pfälzischen SPD-Vorsitzenden, Franz Bögler, ist es zu verdanken, wenn dieser Tage der Schleier von einem Unternehmen abgezogen wurde, unter dessen landrätlicher Regie die grosse demokratische Tradition des Hambacher Festes von 1832, das sich am 27. Mai 1957 zum 125-ten Male jährt, in eine hochoffizielle Angelegenheit umgenutzt werden sollte. "Das Jubiläum von Hambach ist nicht allein eine Angelegenheit des Landrats von Neustadt und der Mainzer Staatskanzlei", liess sich Franz Bögler vor dem Bezirksausschuss seiner Partei vernehmen.

Mit den politischen Politischen Parteien habe man auf jeden Fall keine Pöhlung aufgenommen. Man werde den Eindruck nicht los, dass die 125-Jahrfeier zu einer Angelegenheit der Befrackten unter Ausschluss der Öffentlichkeit werde. Dass den Veranstaltern von Hambach das Gefühl für die richtigen geschichtlichen Proportionen abgehe, bezängelte auch der Ludwigshafener Bundestagsabgeordnete Friedrich Wilhelm Wagner. Das Hambacher Fest vor 125 Jahren, sagte er, sei kein Spaziergang, keine Sache der Fracks und Zylinder gewesen, sondern eine demokratische Revolution. Die Männer von Hambach würden sich im Grabe herumdrehen, wenn sie die Vorbereitungen in Neustadt und Mainz mit ansehen müssten.

Auch das pfälzische CDU-Organ "Der Pfälzer" kritisierte die Ambition des Landrats von Neustadt. "Denn auch wir sind der Ansicht, dass die Feierlichkeiten eine Angelegenheit des ganzen Volkes seien und, da sie einen absolut politischen Charakter haben, von den demokratischen Parteien massgeblich mitgetragen werden sollten." So der Chefredakteur Paul Löchler.

In welchen regierungsfremden Kanäle die demokratischen Urinstinkte der Nachfahren von Hambach gelenkt werden sollen, verrät ein Blick in

das vorläufige Festprogramm: So plant die Landesregierung von Rheinland-Pfalz am 26. Mai einen grossen Staatsakt auf dem Hambacher Schloss. Bundespräsident Profeskor neuß hat seine Teilnahme endgültig zugesagt, nachdem ihm das Festkomitee, wie er gelegentlich seines Saar-Besuches scherzhaft äusserte, noch in seinen Träumen verfolgte.

Der Bundespräsident, der schon als junger Privatdozent bei der 100-Jahrfeier des Hambacher Tages im Jahre 1932 sich als berufener Festredner legitimiert hatte, wird allerdings selbst nicht die Festrede halten. Dafür hat sich der Landrat von Heustadt ausersehen, der am Vorabend des Hambacher Festes, umrahmt von den feierlichen Klängen von Beethovens Neunter, das Wort zu einer Ansprache ergreifen wird.

Soweit der offizielle Teil. Der Rest der Jubiläumsveranstaltungen wird von Vereinen und Verbänden bestritten, die sich die historische Kulisse von Hambach für ihre Jahresversammlung ausgesucht haben. Damit auch Liebhaber und Sammler zu ihrem Recht kommen, kündigte die Bundespost die Herausgabe einer Sonderbriefmarke und der Bundesfinanzminister die Ausprägung von Fünfmarkstücken als "Hambacher Taler" an.

Inzwischen hat die pfälzische SPD ihren Bezirksvorsitzenden, Franz Bögler, beauftragt, mit allen zuständigen Stellen Verhandlungen aufzunehmen, um dem Geist von Hambach bei der 125-Jahrfeier Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Andernfalls werde die SPD erklären, dass es sich bei dieser Feier um eine hochoffizielle staatliche Angelegenheit handele, die mit dem Geist von Hambach nichts zu tun habe. Sie werde dann eine eigene Veranstaltung durchführen, die vom Geist von 1832 durchdrungen sei.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel